

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

214. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 26. März 2009

Inhalt:

(...)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN

Anbau von gentechnisch verändertem Mais stoppen

– Drucksache 16/11919 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin das Wort der Kollegin Renate Künast vom Bünd-nis 90/Die Grünen.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht uns heute und hier darum, den Verkauf und die Aussaat von MON-810-Saatgut, also von Saatgut einer gentechnisch veränderten Maissorte, in Deutschland zu stoppen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Wolfgang Wodarg [SPD])

Es geht uns an dieser Stelle um eine ernsthafte Debatte, die – das will ich gleich sagen – möglichst nicht so aussieht wie die in der letzten Woche, als CDU/CSU und FDP die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz für ihre Aussagen im Ausschuss angepöbelt haben, Herr Bleser.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Bleser [CDU/CSU]: Das war ein bemerkenswerter Auftritt!)

– Herr Bleser, es gibt, wie immer der Auftritt von Gästen auch ist, noch lange kein Recht, selber herumzupöbeln.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Sie waren doch gar nicht dabei!)

Ich habe zum Beispiel gehört, dass Ihr Auftritt manchmal auch bemerkenswert ist.

Ich will an dieser Stelle eine Debatte über den Mais führen und wissen, wer eigentlich mit gespaltener Zunge redet und wer jetzt wirklich für oder gegen MON 810 ist.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Das werden Sie erfahren!)

Wenn ich mir die Redenliste anschau, dann stelle ich fest, dass sich schon wieder keine Rednerin und kein Redner von der CSU traut, hier das Wort zu ergreifen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doppelte Zunge! – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Feige!)

Vielleicht ändert sich das ja noch im Laufe der Debatte. Ansonsten schließen wir daraus, dass Sie von der CSU mit Blick auf die Europawahl in Bayern anders sprechen, als Sie es wirklich meinen. Ich glaube, das ist die einzig mögliche These.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bayern sagen Sie Nein, in Berlin reden Sie entweder gar nicht oder Sie sagen Vielleicht. Der andere Teil der Union sagt dann Ja, und in Brüssel

(A) wird entweder auch noch einmal Ja gesagt oder dafür gesorgt, dass Mitarbeiter vor Abstimmungen in den Ausschüssen – zum Beispiel über den Bt-11-Mais – die Ausschusssitzungen verlassen, damit sie nicht zeigen, was Deutschland in dieser Sache eigentlich meint. Ich meine, Sie müssten jetzt endlich einmal Farbe bekennen, und zu dem, was Teile dieses Hauses reden, muss es endlich auch Taten geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es stellt sich natürlich eine Frage an die Landwirtschaftsministerin Frau Aigner.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist sie?)

– Wo sie ist? Das ist eine gute Zwischenfrage. Ich habe schon fast erwartet, dass sie jetzt nicht hier ist. – Da sie selber sagt, sie sei kritisch, und da sie auf Messen ein Verbot ankündigt, stelle ich ihr die Frage: Warum trauen Sie sich erstens nicht selbst hierher, und warum verhindern Sie zweitens, dass es heute eine Abstimmung in dieser Sache gibt, bevor die Bauern aussäen? – Mit Ihrem Verhalten lassen Sie die Bauern allein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass manches, was dort geredet wird, einfach ein Ablenkungsmanöver ist. Wenn Seehofer als Ministerpräsident es nämlich ernst meinen würde, dann würde er hier stehen und sagen, dass es sein größter politischer Fehler war, dass er als Gesundheitsminister 1998 in Brüssel MON 810 in der EU mit zugelassen hat. Wenn er ehrlich wäre, dann würde er sagen, dass es der größte Fehler seiner Amtszeit als Agrarminister war, 2005 MON-810-Saatgut in Deutschland zugelassen zu haben, von dem wir jetzt nicht wissen, wie wir es wieder loswerden.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auf einen Punkt eingehen, der immer genannt wird – er wird bestimmt auch in dieser Debatte angesprochen werden –, nämlich, dass die Befürworter sagen, dass die wissenschaftlichen Risiken nicht nachgewiesen sind. Wir müssen hier genau hinschauen. Mich und uns Grüne treibt schon noch so etwas wie ein Vorsorgeprinzip. Es geht um die Frage, wie wir mit den Verbrauchern umgehen. Wenn wir uns nicht sicher sind, dann muss das Vorsorgeprinzip gelten, das besagt: Wir lassen nichts zu, bei dem wir noch begründete Zweifel daran haben, dass es gefährlich sein könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Haben Sie Zweifel an der Wissenschaft?)

– Ich habe keine Zweifel an der Wissenschaft. Ich weiß nur eines: Die WTO erlaubt weltweit den Anbau von Genpflanzen. Sie erlaubt auch, weltweit

die Wälder zu roden, um danach was auch immer – meinetwegen auch Gensoja – anzubauen. Das ist nicht mein Verständnis von einer gerechten Welt. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Wolfgang Wodarg [SPD] – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Oh!)

Wir sollten auch einmal unseren Kenntnisstand prüfen bzw. nach dem Stand der Forschung fragen. Bei herbizidresistenten Genpflanzen wird die Wirkung der verstärkt eingesetzten Herbizide auf die Umwelt in der Forschung kaum untersucht. Auch die Auswirkungen des Anbaus von Bt-Pflanzen auf Bodenorganismen werden nicht erforscht. Dabei sind die Bodenorganismen so ziemlich das Wertvollste, das es in den Böden bzw. auf dem Acker gibt.

In die Zukunft blickend würde ich sagen, dass angesichts des Welthungers, unserer Ernährungslage und der nachwachsenden Rohstoffe nicht länger die Erdölquellen, sondern gute Böden das Objekt der Begierde sein werden, das es zu schützen und zu bewahren gilt. Wir haben den Anspruch, das zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Bleser [CDU/CSU]: Sie wollen die Menschen hungern lassen mit Ihrer Technologieverweigerung!)

Lassen Sie uns den Blick auf andere Staaten richten, in denen der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen schon sehr weit verbreitet ist. Nehmen wir zum Beispiel Kanada und Indien. In Kanada – vor allem im Westen – wird mittlerweile dreifach herbizidresistenter Raps angebaut. Es gibt Raps, der auf andere artverwandte Pflanzen auskreuzt. Im Westen Kanadas baut niemand mehr konventionellen – also nicht gentechnisch veränderten – Raps an, vom Ökolandbau ganz zu schweigen. Sie haben alle die Segel gestrichen. Im Westen Kanadas geht man mit der Giftspritze durch die Städte, weil die Grünflächen mittlerweile aufgrund des Gentechnikeinsatzes mit Super-Unkräutern verunreinigt sind. Das ist die Wahrheit. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der SPD und der FDP – Peter Bleser [CDU/CSU]: Wer hat Ihnen denn das erzählt?)

Es wäre schön – das sage ich gerade in Richtung FDP, den letzten, die glauben, dass die Märkte dieser Welt alles alleine regeln werden –, wenn das aus einem Fantasieroman stammen würde. Es wird aber leider von kanadischen Bauern erzählt, die festgestellt haben, dass sie selber dort keine Landwirtschaft mehr betreiben können.

Das andere Beispiel betrifft die gentechnisch veränderte Baumwolle in Indien. Mittlerweile

- (A) verdienen die Bauern mit konventionell angebaute Baumwolle mehr und steigen deshalb wieder aus.

Ich komme zum Schluss. Wir haben an dieser Stelle ein Problem, nämlich die Tatsache, dass Zulassungsbehörden und deren Mitarbeiter mit der Wirtschaft verweben sind. An Frau Aigner gerichtet sage ich in diesem Zusammenhang eines ganz klar: Wenn sie, was sie immer wieder andeutet, zu MON 810 eine Entscheidung treffen will, dann sollte sie das jetzt tun, bevor die Bauern aussäen. Dabei sollte sie sich nicht von Herrn Bartsch und Herrn Schiemann aus den nachgeordneten Behörden beraten lassen. Das sind diejenigen, die gerade mit Monsanto, Syngenta und anderen Fachartikel darüber veröffentlichen, wie man möglichst billig ein Monitoring durchführen kann, um danach zu entscheiden, ob das Monitoring gut war. Das ist eine Art von Filz, die nicht entscheidungserheblich sein darf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wir stellen MON 810 infrage und fordern, es zu verbieten. Unserer Vorstellung von einer guten Landwirtschaft entspricht, dass die Bauern und die Verbraucher noch Wahlfreiheit haben und dass Monsanto nicht zu dem wird, was Microsoft für Computer ist, nämlich ein Unternehmen, das die Patente auf alle wichtigen Lebensmittel hält, die zur Ernährung der Bevölkerung dieser Welt nötig sind, und die Bauern zu Abhängigen macht. Die Verbraucher und Bauern sollen frei entscheiden können. Niemand darf das Patent auf die wesentlichen Getreidearten dieser Welt haben.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Peter Bleser von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Julia Klöckner [CDU/CSU]: Ein unabhängiger Landwirt!)

Peter Bleser (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal will ich Frau Ministerin Aigner entschuldigen. Sie nimmt an der Agrarministerkonferenz in Magdeburg teil.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das ist in Ordnung; sie muss daran teilnehmen.

Ich bin sehr dankbar, Frau Künast, dass Sie vor mir gesprochen haben. Denn Sie waren es doch, die mit einer Stimmenthaltung in Brüssel die Freisetzungsrichtlinie der Europäischen Union für

gentechnisch veränderte Pflanzen erst ermöglicht hat. Das war in Ihrer Amtszeit. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben dann auch den Entwurf eines ersten Gentechnikgesetzes im Bundestag eingebracht. Das Gesetz ist mit rot-grüner Zustimmung beschlossen worden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was steht drin?)

Wir haben es vor zwei Jahren verschärft und verbessert, weil Sie nicht in der Lage waren, eine gute fachliche Praxis zu definieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Erst wir haben Wahlfreiheit und Koexistenz in Deutschland ermöglicht. Sie haben die Rechtsgrundlagen geschaffen und sind hier die erste Kämpferin gegen diese Technologie. Das ist scheinheilig und nicht wahrhaftig, Frau Künast.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Bleser, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höhn?

Peter Bleser (CDU/CSU):

Gerne. (D)

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Bleser, 1998 hat es in Brüssel eine erste Entscheidung zur rechtlichen Zulassung von MON 810 gegeben. Damals war der Bundesgesundheitsminister dafür zuständig. Können Sie bestätigen, dass der damalige Gesundheitsminister Seehofer und nicht Renate Künast hieß und dass die Entscheidung für MON 810 sowohl 1998 in Brüssel als auch 2005 von Herrn Seehofer, der dann Landwirtschaftsminister war, und nicht von Renate Künast getroffen wurde?

Peter Bleser (CDU/CSU):

Die Frage ist schon so oft gestellt worden, dass es langweilig ist, sie zu beantworten.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie sie nicht beantworten wollen!)

Das Erste bestätige ich gerne. Damals war Herr Seehofer Gesundheitsminister; das ist so weit richtig. Das andere ist falsch. Sie wissen genau – ich habe vorhin versucht, das zu erklären –: Die rechtlichen Grundlagen für den Anbau sind von Frau Künast in Brüssel und Deutschland gelegt worden. Dabei bleibe ich.

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann ist jetzt MON 810 zugelassen worden? Das nimmt Ihnen doch keiner ab!)

Frau Künast, ich möchte noch mit etwas aufräumen, weil das sehr an moralische Dimensionen heranreicht. Sie sagen, der ökologische Landbau sei in der Lage, die Menschheit zu ernähren. Sie wissen genau, dass ein Drittel der Menschheit ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger schon heute verhungern müsste.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Falsch! – Zuruf von der SPD: Wegen Pflanzenschutzmitteln und Dünger!)

Sie müssten dann entscheiden, wen es trifft. Es sind nicht die Reichen, sondern die Ärmern, die darunter leiden müssten. Das müssen Sie sich auch einmal vorhalten lassen, wenn Sie hier solche Thesen vertreten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir befassen uns heute in diesem Haus zum 40. Mal seit Januar 2008 mit diesem Thema. Immer wieder die gleiche Leier! Ich frage Sie: Warum machen Sie das? Warum setzen Sie dieses Thema von Sitzungswoche zu Sitzungswoche auf die Tagesordnung? Gibt es noch Detailfragen zu klären? Nein. Gibt es gesetzlichen Änderungsbedarf? Nein. Selbst Sie sehen keinen. Es geht Ihnen also lediglich darum, eine Kampagne durchzuführen und mit der Verunsicherung der Menschen politische Ziele zu erreichen. Das ist Ihr Ziel und sonst gar nichts.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn es nur darum ginge, ob MON 810 auf ein paar Hektar in Deutschland angebaut werden soll oder nicht, würde ich sagen: Schwamm drüber! Das ist in ökonomischer Hinsicht von keiner Bedeutung. Warum sagen wir trotzdem, dass diese Technologie wichtig ist und dass hier nach Recht und Gesetz und nach keinem anderen Kriterium genehmigt werden muss? Wir tun das, weil wir zutiefst von der Zukunft und dem Nutzen dieser Technologie überzeugt sind und weil wir wissen, dass man damit Pflanzenschutz- und Düngemittel einsparen kann, dass man damit die Zahl der qualitätsbestimmenden Inhaltsstoffe erhöhen kann und dass wir damit auch einen Beitrag zur Bekämpfung des Hungers leisten können, und zwar ohne Urwälder zu roden, was Sie ja auch nicht wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Chancen dieser Technik die Risiken überwiegen. Ich will aber nicht verkennen, dass es Ängste und

eine Zurückhaltung in der Bevölkerung gegenüber dieser Technologie gibt. (C)

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach! Warum denn?)

Deswegen gibt es ein strenges Zulassungsverfahren, das von verlässlichen und demokratisch geschaffenen wissenschaftlichen Einrichtungen immer wieder überprüft wird. Deswegen haben wir auch das Gentechnikgesetz verschärft.

Welche Argumente haben Sie vorzubringen, die gegen diese Technologie und den Anbau der Maissorte MON 810 sprechen?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragen Sie doch mal Frau Aigner!)

Vorgestern wurde ein Gutachten der Technischen Universität München in Bayern veröffentlicht. In einem Langzeitversuch wurden 36 Kühe in einem Dauerfütterungsversuch auf MON 810 getestet. Dieses Gutachten liegt Ihnen vor. Es ist übrigens von der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag beantragt

(Ulrich Kelber [SPD]: Das stimmt! Guter Antrag!)

und vom bayerischen Agrarministerium in Auftrag gegeben worden, das in diesen Fragen völlig unverdächtig ist.

In diesem Gutachten steht, dass 38 000 Datensätze mit modernsten Analysegeräten untersucht worden sind. Es wurde im Gutachten wörtlich festgehalten: Bei Kühen, die mit MON 810 gefüttert wurden, gab es keine Auswirkungen auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit im Vergleich zu konventionell gefütterten Tieren. Auch die Milch zeigte keine Veränderungen gegenüber Milch von konventionell gefütterten Kühen. – Ich will die *Süddeutsche Zeitung* zitieren, in der Herr Patrick Illinger schreibt:

(D)

Rückstände des Genfutters konnten beispielsweise in der Kuhmilch trotz einer Nachweisgrenze von einigen Billionstel Gramm pro Milliliter nicht gefunden werden, berichtet der Physiologe Heinrich Meyer.

Es konnten also mit modernsten Analysemethoden keine Veränderungen gegenüber herkömmlicher Milch festgestellt werden. In der *Welt* schreibt Herr Miersch:

Das gentechnisch hinzugefügte Protein erwies sich sogar als besonders leicht verdaulich.

(Lachen der Abg. Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren von den Grünen, ignorieren Sie solche wissenschaftlichen Aussagen? Das ist doch keine professionelle Politik.

- (A) (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gutachten tue ich in den Schrank, in dem das Mäusegutachten aus Österreich steht!)

Das, was Sie hier betreiben, ist doch Symbolpolitik und Verunglimpfung von Wissenschaftlern. Das tun Sie schon die ganzen Jahre. Sie verunglimpfen mit Ihren Anschuldigungen Leute, die seriös vorgehen. Das haben Sie übrigens auch vorhin wieder getan, indem Sie die Seriosität von Wissenschaftlern infrage gestellt haben. Frau Künast, das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Bleser, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Künast?

Peter Bleser (CDU/CSU):

Bitte schön.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte, Frau Künast.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie hat sich doch schon blamiert! – Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– Jeder blamiert sich auch mit seinem Zwischenruf so gut, wie er kann. Herzlichen Glückwunsch dazu! Das ist Ihrer weiteren parlamentarischen Karriere bestimmt zuträglich. – Sie haben uns gerade aufgefordert, das Gutachten aus Weihenstephan zu berücksichtigen. Das will ich gerne tun. Es ist druckfrisch.

(B)

Peter Bleser (CDU/CSU):

Ich kann es Ihnen gerne geben.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nachdem ich den ersten Blick darauf geworfen habe, frage ich mich schon, warum bei den einzelnen Durchgängen neun Kühe aus den Versuchsreihen gefallen sind. Auch das werden wir klären. Wir werden schauen, wie der Auftrag lautete. Nach meinem Kenntnisstand ist die Frage nach den Auswirkungen auf die Natur nicht gestellt worden, wenn auch dieses Ergebnis hinsichtlich der Milch herausgekommen ist. Auch wurde nicht die Frage der Auswirkung des Maisanbaus auf den Honig gestellt.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Imker sind ja auch Betriebe; sie stellen Honig her. Nicht nur das – ihre Bienen tragen auch zur Bestäubung bei. Wie wir alle wissen, ist die Bestäubung ein zwangsläufiger Bestandteil des natürlichen Kreislaufs.

Wenn ich verspreche, mir dieses Gutachten genau anzusehen, versprechen Sie, Herr Bleser, dann, sich das österreichische Gutachten genau anzusehen, welches ergeben hat, dass die Fruchtbarkeit von Mäusen, die mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert wurden, sinkt? Sie müssen beide Seiten und alle wissenschaftlichen Gutachten berücksichtigen. Das ist keine Einbahnstraße, Herr Bleser.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Peter Bleser (CDU/CSU):

Frau Künast, Ihr Name hat in der Landwirtschaft nach wie vor einen gewissen Klang, und Sie haben Ihren Ruf heute noch einmal gefestigt.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Ich kann Ihnen nur sagen: Dieses österreichische Gutachten hält einer seriösen wissenschaftlichen –

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei mir klatschen die Bauern, bei der CSU nicht!)

– Ich will Ihnen nicht zu nahe treten, sonst hätte ich Ihnen berichtet, auf welchen Namen mein Sohn unsere schlechteste Kuh getauft hat.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe nichts gegen Kühe! Aber bitte: die Antwort!)

Dieses österreichische Gutachten ist von seriösen, dafür zuständigen Behörden widerlegt worden. Die EFSA wie auch das BfR haben genau dieses Gutachten als nicht relevant bezeichnet. Alle die von Ihnen zitierten Pseudogutachten sind von den dafür zuständigen Einrichtungen immer wieder widerlegt worden. Das ignorieren Sie.

Sie, Frau Künast, haben heute den Antrag gestellt, MON 810 zu verbieten. Die Begründung für diesen Antrag liefern Sie im ersten Satz. Ich zitiere:

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland spricht sich seit Jahren in Umfragen immer wieder gegen den Einsatz der Agro-Gentechnik bei der Lebensmittelproduktion aus.

Sie machen also Politik aufgrund von Umfragen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Anders als Seehofer!)

Frau Künast, der Schlag soll mich treffen, wenn ich einmal auf dieses Niveau absinke,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja eine Beleidigung eines Ministerpräsidenten!)

wenn ich also nicht mehr bereit bin, auf wissenschaftlicher Basis nach bestem Wissen und

(D)

(A) Gewissen zu entscheiden. Sie entscheiden aufgrund einer Umfrage, die Sie selber in Auftrag gegeben haben,

(Beifall bei der CDU/CSU)

und zwar bei einer grünen Tarnorganisation namens Campact. Diese Organisation verunglimpft seit zwei Jahren gezielt Politiker und Wissenschaftler, indem sie versucht, deren Glaubwürdigkeit zu beeinflussen.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Reden Sie doch einmal zum Thema!)

Welche Arroganz drückt sich in Ihrem Verhalten aus, wenn Sie ignorieren, dass weltweit 13,3 Millionen Bauern diese Technologie nutzen, und das auf 125 Millionen Hektar? Diese Ackerfläche ist elfmal größer als die Fläche Deutschlands. Nach Ihrer Ansicht sind all diese Bauern dumm, falsch ausgerichtet; was sie machen, ist eine gesundheitliche Gefahr für Leib und Leben und umweltschädlich. Welche Arroganz drückt sich in Ihrer Einstellung gegenüber diesen Menschen aus?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie denn jetzt eigentlich?)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Bleser, kommen Sie bitte zum Schluss.

Peter Bleser (CDU/CSU):

Ich sage Ihnen eines: Sie werden den Anbau von gentechnisch verändertem Mais in bestimmten Regionen nicht verhindern; das ist rechtlich gar nicht möglich.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Warten Sie ab!)

In wenigen Jahren wird die Praxis Sie widerlegt haben. Der Geschichte Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.

(Sönke Rix [SPD]: Das ist von Honecker!)

Ich will Ihnen nicht sagen, wen ich damit meine.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Rede trage ich jetzt nach Bayern! Das wollte ich nur hören! Danke, Herr Bleser!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Christel Happach-Kasan von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! (C)
Wir wissen alle: Frau Künast ist Spezialistin für umfrageorientierte Politik, Herr Seehofer macht es ihr nach, und alle beide werden damit langfristig scheitern.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Westerwelle? – Sönke Rix [SPD]: Das kennt die FDP ja gar nicht!)

– Westerwelle verfolgt eine vertrauenswürdige und verlässliche Linie.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sind die Umfrageergebnisse für die FDP wunderschön. Wir hoffen, dass sie bis zum Wahltag anhalten.

(Ulrich Kelber [SPD]: Da muss selbst der Präsident schmunzeln!)

– Ich glaube, ich habe das Wort.

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Ich glaube, diesen Satz kennt hier jeder. Wir alle wissen: Hans-Dietrich Genscher ist in der Frage der deutschen Einheit nicht zu spät gekommen. Wir haben die Einheit verwirklicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der CDU, ich will gern zugestehen: Auch Helmut Kohl hatte ein wenig Anteil daran.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber wir als Liberale sind der Auffassung: Der Mann der Einheit, das ist Hans-Dietrich Genscher. (D)

(Beifall bei der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Leute in Leipzig lachen sich gerade tot!)

Man fragt sehr selten, wer eigentlich bestraft wird, wenn politische Entscheidungen zu spät fallen, wenn sie falsch sind. Ich will Ihnen die Antwort geben: Das ganze Land wird bestraft. Nehmen Sie das Beispiel Insulinproduktion: 13,5 Jahre wurde verhindert – die Grünen hatten einen Anteil daran –, dass Insulin mit gentechnischen Methoden hier in Deutschland produziert wurde.

(Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE]: Wir reden hier über Mais!)

Wer hat dafür gezahlt? Dafür haben die Menschen in Deutschland gezahlt: durch den Abbau von Arbeitsplätzen, durch den Verlust von Investitionen, durch den Verlust der Weltführerschaft in der Pharmazie. Opfer dieser politischen Fehlentscheidungen waren die Menschen im Land; sie wurden für die Politik dieses Landes bestraft. Genau das droht bei der Grünen Gentechnik, und das wollen wir als FDP hier verhindern.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Max Lehmer [CDU/CSU])

- (A) Mein Kollege Peter Bleser hat auf den bayerischen Fütterungsversuch hingewiesen; das brauche ich nicht zu wiederholen. Kollegin Künast, sicherlich wissen auch Sie, dass es in Bayern ein Monitoring des Anbaus von Bt-Mais gegeben hat. Dieses Monitoring hat deutlich gemacht, dass der Anbau von Bt-Mais wesentlich naturverträglicher ist als die Bekämpfung des Maiszünslers mit chemischem Pflanzenschutz. Dies zeigt, dass es gerade in den Gebieten, in denen es Maiszünslers gibt, sinnvoll ist, diese Maissorten anzubauen. Wenn wir daran denken, dass es im Oderbruch Befallsraten von 60 bis 80 Prozent gibt, dann erkennen wir, dass wir diese Sorten auch in Deutschland brauchen, dass es also anders ist, als Frau Aigner es dargestellt hat.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Künast, im Prinzip können Sie doch einfach einmal selbst nachlesen, was zum österreichischen Mehrgenerationenversuch geschrieben worden ist. Wenn Sie das tun, stellen Sie fest, dass die Futterrationen eben nicht gleichwertig waren und dass das GVO-Futter wahrscheinlich aufgrund falscher Lagerung mit Schimmelpilzen, mit Mikroben verunreinigt war und dass es kein gleichwertiges Futter war. Deswegen kann man aus diesen Ergebnissen schlicht und ergreifend gar nichts folgern.

- (B) MON 810 wird schon über zehn Jahre angebaut. Vergleichbar mit Ihrer Verbotsforderung wäre es, wenn man 1955 gefordert hätte, den VW-Käfer in Deutschland zu verbieten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wirklich eine tolle Maßnahme! Damit kommen wir richtig voran!

Sie haben das Thema Bienen angesprochen. Auch das ist sehr spannend. Ich bin froh darüber, dass die Bundesregierung auf eine Frage von mir geantwortet hat:

Auf Grundlage der Praxisversuche kann eine toxische Wirkung von Bt-Mais auf gesunde Honigbienenvölker mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

Die Bundesregierung hat mir im Ausschuss weiter gesagt: Honig enthält im Prinzip 0,5 Prozent Pollen. Ob da ein bisschen was vom Bt-Mais dabei ist, ist völlig egal. Das Premiumprodukt Honig ist dadurch in keiner Weise beeinträchtigt.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist illegal! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Legal, illegal, scheißegal!)

– Es ist nicht illegal. – Sich auf nicht bestätigte Urteile zu berufen, ist einfach nur dumm. Damit kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der FDP)

(C)

Die Forderung nach dem Verbot ist ideologisch begründet. Ideologisch begründete Forderungen bedeuten politische Willkür. Wir als FDP lehnen dies ab. Die Geschichte der weltanschaulich und politisch begründeten Verbote zeigt: Solche Verbote sind ein Irrweg. Denken Sie an Galileo Galilei! Die Erde dreht sich um sich selbst und um die Sonne, wie wir alle heute wissen. Die Grünen haben schon das Verbot der PET-Flasche, des PAL-Fernsehens, des Handys, des PCs gefordert. Auch die Insulinproduktion mit gentechnisch veränderten Mikroorganismen wollten sie verbieten. Das alles hat sich nicht durchgesetzt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dioxin wollten wir verbieten – im Gegensatz zu Ihnen!)

– Dioxin gibt es nach wie vor. Verbieten kann man es nicht. Aber es war sinnvoll, dass insbesondere die schwarz-gelbe Regierung für einen Rückgang der Dioxinmissionen gesorgt hat. Das ist gut für unsere Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Wir in der FDP lehnen ideologisch begründete Verbote als Angriffe auf die Freiheit und auf den Rechtsstaat ab. Wir sehen in der biotechnologischen Züchtung große Chancen. Wir haben sie realisiert in den Bereichen Arzneimittel, Vitamine, Enzyme und Aminosäuren. Das ist eine Erfolgsstory.

(D)

Wir wollen, dass über die Zulassung von biotechnologisch gezüchteten Pflanzensorten auf wissenschaftlicher Basis entschieden wird. Eine europäische Zulassung muss EU-weit gelten – genauso wie die TÜV-Plakette deutschlandweit gilt. Wir sind dagegen, dass Hamburg und Schleswig-Holstein entscheiden können, dass bayerische Autos bei ihnen nicht mehr fahren dürfen. Ebenso sind wir dagegen, dass in den Landesparlamenten entschieden werden kann, welche Pflanzensorten in dem jeweiligen Land angebaut werden.

Wir wollen Investitionen in biotechnologische Züchtung, und zwar zur Sicherung der Welternährung; mein Kollege Bleser hat dies ausgeführt. Frau Kollegin Künast, schauen Sie doch einmal ein bisschen genauer nach Indien! Sehen Sie sich die IFPRI-Studie an! Wenn Sie das tun, dann werden Sie feststellen, dass die Bt-Baumwolle sehr wohl dazu beigetragen hat, die Ernährungssicherheit auf dem Lande zu gewährleisten. Dies wollen wir fortsetzen.

(Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Ihre Einladung an bestimmte Rednerinnen und Redner, die nichts weiter betreiben als Diffamierung, die sich gegen jegliche wissenschaftliche Erkenntnisse stellen, hilft den

- (A) Menschen in Indien nicht. Denken Sie an die Menschen in Indien und nicht bloß an Ihre Wählerstimmen im Land!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Waren Sie mal in der Region? Haben Sie mal mit den betroffenen Bauern in Indien gesprochen?)

– Ja, ich habe mit den betroffenen Bauern gesprochen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wann?)

– Ich bin im vergangenen Jahr mit Minister Gabriel nach Indien gereist und habe selbstverständlich solche Gespräche geführt. Natürlich ist mir da genau das gesagt worden, was auch in der IFPRI-Studie ausführlich berichtet worden ist.

(Ulrich Kelber [SPD]: Die Delegation hat nicht mit Bauern gesprochen!)

– Es mag sein, dass die Delegation das nicht getan hat. Aber ich bin ein freier Mensch in einem freien Land. Ich darf auf einer Reise des Umweltministers auch das Gespräch mit Gesprächspartnern suchen, die Ihnen nicht in den Kram passen, Herr Kelber. Hören Sie damit auf! Was Sie machen, ist einfach unverschämt!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Ich bezweifle, dass Sie das gemacht haben! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nennen Sie mal Namen!)

(B)

Wir wollen Investitionen in biotechnologische Züchtung. Dazu gehören für uns der Goldene Reis und der überflutungsresistente Reis.

Wir sind uns bewusst, dass die Bevölkerung eine gewisse Skepsis gegenüber der neuen Züchtungsmethode hat. Skepsis ist also vorhanden. Es gibt aber keinerlei Grund, Angst zu erzeugen. Grüne, CSU und SPD arbeiten dabei Hand in Hand. Die Bundeskanzlerin schaut zu. Es ist unverantwortlich, wie die Bundeskanzlerin die Interessen Deutschlands verspielt, um in der südlichen Sandburg Ruhe zu bewahren. Wer Angst erzeugt, macht Menschen unfrei. Wir als Liberale fühlen uns dem freien Menschen verpflichtet und wollen ihn nicht bevormunden, sondern mit den Informationen ausstatten, die er braucht, um sich entscheiden zu können.

Bei dem Weg, den Seehofer und Söder in Bayern gegangen sind, würde sich Franz Josef Strauß im Grabe umdrehen.

(Beifall des Abg. Dr. Edmund Peter Geisen [FDP] – Sönke Rix [SPD]: Wer ist da noch an der Regierung? Ich dachte, die FDP regiert in Bayern mit! – Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Was macht denn die FDP da?)

Es gab einmal das Motto: Laptop und Lederhose. Der Laptop ist unter Herrn Seehofer total unter die Räder geraten. An die Adresse der Bundeslandwirtschaftsministerin sage ich: Sie hat den Eid geschworen, dem deutschen Volk zu dienen. Von Gehorsam gegenüber dem CSU-Vorsitzenden steht darin nichts. (C)

(Beifall bei der FDP – Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Gibt es jetzt Parteiausschlussverfahren gegen FDP-Mitglieder in Bayern?)

Sie sind für die Hexenjagd gegenüber Landwirten, die Bt-Mais anbauen, verantwortlich. Sie sind verantwortlich für die Verhinderung von Forschung, für die Zerstörung beispielsweise in Üplingen in Sachsen-Anhalt. Sie sind dafür verantwortlich, dass einem Landwirt, der sein Feld für Freisetzungsversuche zur Verfügung stellen wollte, die Tötung seiner Tiere angedroht worden ist. Das ist die Politik von CSU, SPD und Grünen. Dies lehnen wir ab.

(Sönke Rix [SPD]: Passen Sie mal bei Ihren Regierungspartnern in Bayern auf!)

Ich bin in meiner Jugend sehr von dem Stück *Biedermann und die Brandstifter* beeindruckt gewesen. Ich weiß nicht, ob Sie es kennen. Für mich sind Söder und Seehofer die Biedermänner, die der Brandstiftung zusehen und dabei – das will ich Ihnen sagen – mit verbrennen werden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: (D)
Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Es hat sich bis jetzt in Deutschland nicht ausgezahlt, sein Mäntlein politisch nach dem Wind zu hängen; denn wir sind eine Wertegemeinschaft. In Deutschland zählen Wahrhaftigkeit, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit. Wir lehnen den Antrag der Grünen ab.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD: Spärlicher Beifall von der FDP!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Der Kollege Schmitt möchte eine Kurzintervention machen. Bitte schön.

Heinz Schmitt (Landau) (SPD):

Liebe Kollegin Happach-Kasan, wir waren zusammen mit Bundesminister Gabriel in Brasilien. Ich erinnere mich an viele Gespräche, die wir beide geführt haben, zum Beispiel mit Vertretern der sogenannten Kleinbauern, die sich gegenüber der Gentechnologie sehr skeptisch geäußert haben. Die Gespräche mit NGOs haben ergeben, dass auf Kleinbauern ein enormer Druck ausgeübt wird, ihre Flächen aufzugeben, weil die neue Gentechnologie

- (A) nur mit großflächigen Anbaumethoden funktioniert. Auch die Vertreter der Kirchen haben im Prinzip die Technologie abgelehnt, weil sie nicht zur Lösung der Probleme vor Ort führt. Das sind meine Erinnerungen an die Reise ins Amazonas-Gebiet. Ich denke, Sie werden sich auch daran erinnern.

(Beifall bei der SPD – Eva Bulling-Schröter
[DIE LINKE]: Aber ganz anders!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Zur Erwidern Frau Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Lieber Kollege, ich habe sehr gute Erinnerungen an unsere gemeinsame Reise nach Brasilien, die ich als angenehm empfunden habe. Ich habe es auch als angenehm empfunden, mit Bundesminister Gabriel zu reisen, weil ich meine, dass er dort ein sehr wichtiges Programm verfolgt hat. Im Mittelpunkt dieses Programms stand allerdings nicht die Gentechnik – –

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Bei Ihnen dann ja auch nicht!)

– Frau Künast, Sie könnten einfach den Mund halten. Sie sind im Augenblick schlicht und ergreifend nicht gefragt.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das entscheidet der
Präsident!)

- (B) Im Mittelpunkt der Reise stand insbesondere der Schutz der Urwälder. Wir haben beeindruckende Siedlungen im Bereich des Amazonas-Gebietes besichtigt. Wir haben von den Brasilianern gehört, dass es ihr großes Anliegen ist, den Zuckerrohranbau auszubauen und Zuckerrohr zur Ethanolproduktion zu nutzen, um dieses Ethanol auch auf den deutschen Markt zu bringen.

Bundesminister Gabriel hatte sich insbesondere dafür eingesetzt, dass wir keine Einfuhrverbote für solches Zuckerrohrethanol erlassen sollten, weil das genau die Politik sei, die die EU gegenüber solchen Einfuhren früher verfolgt habe. Ich kann mich nicht erinnern, dass Gentechnik ein großes Thema gewesen ist.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS
90/ DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]:
Sie verdrängen alles!)

– Nein, das ist nicht mein Problem. Herr Kelber, hören Sie zu, es ist kein großes Thema gewesen. Es ist einmal am Rande angesprochen worden.

Ich will Ihnen auch sagen, dass ich nicht nur in Brasilien, sondern mit Kollegin Höfken auch in Argentinien gewesen bin.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dort haben uns die Bauern etwas anderes erzählt. Sie haben uns nämlich gesagt, dass sie das gerne möchten. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Bt-Maisanbauten illegal erfolgt sind, weil die Brasilianer gemerkt haben, wie erfolgreich er in Argentinien gewesen ist. Erinnern wir uns daran: Wenn eine Fläche von 120 Millionen Hektar von 13 Millionen Landwirten bestellt wird, dann können das nicht alle Großbauern, sondern müssen das auch Kleinbauern sein, werter Herr Kollege. (C)

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass unsere gemeinsamen Reiseerfahrungen sehr gute Erfahrungen sind. Aber sie tragen nicht dazu bei, zu klären, ob in Brasilien der Anbau von Bt-Mais bzw. gv-Soja sinnvoll ist oder nicht. Das sollen diese Länder bitte selber entscheiden und nicht wir hier in Deutschland.

(Beifall bei der FDP – Renate Künast
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Potenziell
retrograde Amnesie!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Wolfgang Wodarg von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD):

Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Als jemand, der sonst in der Gesundheitspolitik und in der Entwicklungspolitik zu Hause ist, bin ich erstaunt über den Ton, in dem hier über Probleme, die die Menschen in Deutschland und in der ganzen Welt bewegen, diskutiert wird. (D)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, dass das schwer zu verstehen ist. Ich weiß, dass das Thema strittig ist. Aber wir kommen bei diesem Thema nur weiter, wenn wir uns ein wenig systematischer und detaillierter mit den möglichen Lösungen auseinandersetzen.

In der Entwicklungspolitik gibt es zurzeit ein sehr wichtiges Thema: dass die Agrarindustrie sich überall in der Welt Flächen kauft. Wir haben gesehen, dass in Madagaskar ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche von einer einzigen Firma aufgekauft wurde, die dort eine Monokultur plant. Ich habe mit einer Delegation aus Kongo-Brazzaville gesprochen, die mir berichtet hat, dass entlang der Eisenbahnlinien – das sind viele Hundert Kilometer – ein 20 Kilometer breiter Streifen aufgekauft worden ist, auf dem der Wald gelichtet und Ölpflanzen angebaut werden sollen. Auch die Paraguayer haben von ihren Konflikten berichtet. Sie haben große Sorge, weil sehr viele Menschen von ihren Ländereien vertrieben werden, die als Kleinbauern ihre Existenz durch Subsistenzwirtschaft gesichert haben und jetzt in

- (A) die Slums der Städte vertrieben werden. Deshalb müssen wir anschließend mit unseren Entwicklungshilfeprogrammen dafür sorgen, dass sie nicht verhungern und menschenwürdig leben können. Das sind die Folgen einer Agrarindustrie, die weltweit eine große Rolle spielt.

Es ist nicht so, dass die Menschen durch das Vorgehen der Agrarindustrie mehr zu essen haben. In der Entwicklungspolitik sehen wir vielmehr das Gegenteil: Die Agrarindustrie verjagt Menschen, die vorher zu essen hatten, und sorgt dafür, dass wir hier jeden Tag billiges Fleisch auf dem Teller haben.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Motor dieser ganzen Misere.

In meinem Wahlkreis gibt es eine Wurstfabrik, die sehr fleißig und produktiv ist. Dort arbeiten Frauen bei 4 Grad an einer Wurstabfüllmaschine im Gruppenakkord; das heißt, sie passen auf, dass jede von ihnen Leistung bringt. Wenn eine Frau nicht so gute Leistung bringt, verdirbt sie den Schnitt der Gruppe. Das ist schon psychologisch ein riesiges Problem. Diese Frauen arbeiten für etwa 1 000 Euro im Monat, und sie müssen bis zu 50 Kilometer zur Arbeit fahren, und das, damit die Würstchen dieser Fabrik bei Lidl oder Aldi billiger angeboten werden können als die von der Konkurrenz. Damit die Frauen sich diese Würstchen überhaupt leisten können, müssen sie so billig sein. Das ist ein horrender Kreislauf, in dem wir da stecken, der eine Katastrophe für die Landwirtschaft und die Menschen bedeutet, nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch hier bei uns.

(B)

(Beifall der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE] – Peter Bleser [CDU/CSU]: Was hat das mit Gentechnik zu tun?)

Grundsätzlich ist es doch so, dass wir, um gut leben zu können, nicht nur billige Nahrung haben möchten, sondern darüber hinausgehende Wünsche haben. Wir wollen in einer Landschaft leben, in der wir uns gerne bewegen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ja!)

Wir wollen nicht in bestimmten Jahreszeiten durch große, dreieinhalb bis vier Meter hohe Maiswände fahren und die Landschaft gar nicht mehr sehen, obwohl das Land ganz flach ist. Wir wollen mobil sein in der Landschaft und einander besuchen können.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Sie wollen Heidi und Peter zurück!)

Wenn Sie sich anschauen, was in den Städten aus der Mobilität geworden ist, wenn Sie sich das Blech anschauen, das auf den Straßen steht, weshalb die Kinder nicht mehr allein auf die Straße gehen können,

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das kann doch nicht wahr sein, was Sie da reden!) (C)

dann sehen Sie, dass auch dort etwas verkehrt läuft. Wir alle wissen, dass wir eine Energiewende brauchen. Aber das gilt nicht nur für den Spritverbrauch, es gilt auch für unsere Ernährungsgewohnheiten. Daran geht kein Weg vorbei. So wie wir jetzt handeln, machen wir die Welt kaputt.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Ulrich Kelber [SPD] – Peter Bleser [CDU/CSU]: Was schlagen Sie vor?)

Auch wenn wir hocheffizient so weitermachen, ist das keine positive Lösung. Denn unsere Wirtschaft entwickelt sich sehr schnell und im Wettbewerb, aber leider in die falsche Richtung. Hier besteht die Möglichkeit, etwas zu ändern.

Ich will Ihnen ein Erlebnis schildern, das ich gleich zu Anfang meiner parlamentarischen Laufbahn hatte und das mich damals ziemlich umgehauen hat. Ich bin auf einer parlamentarischen Konferenz im Süden Englands gewesen, einer trilateralen Konferenz, bei der – auf Initiative von Helmut Kohl, Mitterrand und Major – französische, englische und deutsche Parlamentarier versammelt waren. Wir hatten uns gemeinsam landwirtschaftliche Betriebe angeschaut. Ich war ja die ersten Jahre im Landwirtschaftsausschuss. Anschließend haben wir sehr gut gegessen. Wir waren eingeladen, saßen an einer Tafel mit Silber, es gab rosa Vorhänge; wunderschön war das. (D)

Rechts neben mir saß ein englischer Kollege, mit dem ich mich über die Probleme der dortigen Landwirtschaft – das war noch vor der BSE-Krise – unterhalten habe. Mein Nachbar links neben mir sprach französisch. Ich dachte zunächst, er sei von der französischen Delegation. Als ich ihn fragte, woher er käme, antwortete er: aus Brüssel. Dass jemand aus Brüssel bei einer trilateralen Konferenz anwesend war, erschien mir unpassend. Also habe ich ihn gefragt, wen er vertreten würde. Er antwortete: die Firma Monsanto. Auf meine anschließende Frage, was er dann hier mache, antwortete er, dass seine Firma die ganze Veranstaltung finanziert.

(Uwe Schummer [CDU/CSU]: Und da waren Sie? – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Da war Ihr Appetit weg!)

– Da haben Sie recht. Mein Appetit war in der Tat weg.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Die Firma Monsanto ist vielfach überall auf der Welt zur Zahlung von Strafen in Höhe von Millionen Dollar verurteilt worden, weil sie Politiker

- (A) bestochen hat. Sie hat Praktiken überall auf der Welt etabliert, die bewirken, dass Menschen Hunger leiden. Ich habe kein Vertrauen in diese Firma wie auch in andere große industrielle Agrarfirmer, die natürlich die Ansprüche ihrer Aktionäre befriedigen müssen und die erst an zweiter Stelle – vielleicht aus Marketinggründen – die Ökologie berücksichtigen.

Ich wünsche mir, dass wir unseren Weg finden. Ich wünsche mir, dass wir eine Verbindung herstellen zwischen unseren Verbrauchsgewohnheiten und dem, was durch sie in der Welt verursacht wird. Wenn wir diesen Zusammenhang nicht sehen, dann springen wir zu kurz.

Mit meiner Fraktion bin ich dagegen, dass wir in diesem Jahr – bis zum April müssen wir darüber entscheiden – den Mais der Firma Monsanto in Deutschland ansäen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich möchte, dass wir den Anbau verbieten, wie es in Rumänien, Frankreich, Österreich, Ungarn, Griechenland, Polen und Luxemburg der Fall ist.

Wenn Sie sich die Karte ansehen, auf der dargestellt ist, wo der Mais dieses Jahr angebaut werden soll, dann können Sie erkennen, dass das nur in den östlichen Bundesländern der Fall ist.

- (B) (Peter Bleser [CDU/CSU]: Lassen Sie sie doch!)

Ich habe für den Europarat einen Bericht zur Grünen Gentechnik erstellt. Gentechnisch veränderte Pflanzen werden mit Ausnahme von Spanien vorwiegend im Osten Europas angebaut. Wir haben uns also in Osteuropa vor Ort angeschaut, warum dies so ist, und festgestellt, dass die Menschen in diesen Ländern überhaupt nicht wissen, was in ihrem Land angebaut wird. Sie haben deshalb auch kein Problembewusstsein. Die großen Konzerne bestechen Politiker und schaffen dort Tatsachen. Auf diese Weise wird die Grüne Gentechnologie dort eingeführt, was bewirkt, dass gentechnisch veränderte Pflanzen überhaupt nicht mehr wegzukriegen sind. Sie sind überall. Es gibt außerdem noch Gentransfers in die Natur, die zu Verunreinigungen führen.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die Freiheit der FDP!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Happach-Kasan?

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD):

Ja, klar.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Bitte sehr.

(C)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Herr Kollege Wodarg, Sie kommen wie ich aus Schleswig-Holstein und wissen, dass wir dort mittelständische Pflanzenzüchter haben, die dem Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter angehören, in dem mehr als 100 mittelständische Unternehmen zusammengeschlossen sind. Diese Pflanzenzüchter haben natürlich eine positive Haltung zur Grünen Gentechnik. Sie befürworten diese Technologie und hätten gerne Regelungen, die es gestatten, dass sie sich mit gentechnologischer Züchtung beschäftigen. Wie stehen Sie dazu?

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD):

Frau Happach-Kasan, ich habe gerade meinen Bericht für den Europarat erwähnt. Darin habe ich dieses Thema – Sie können sich meinen Bericht einmal ansehen; ich habe daran jahrelang gearbeitet – sehr differenziert behandelt.

Grüne Gentechnik umfasst nicht nur Bt-Toxin produzierende Pflanzen; es gibt sehr viele Technologien, um die herkömmliche Züchtung von Pflanzen zu verbessern. Sie können mit gentechnischen Methoden analytische Untersuchungen durchführen und auf molekularer Ebene sehen, welche Vorgänge sich in den Pflanzen abspielen. Dieses Wissen können die Züchter nutzen durch entsprechende Selektionen. Man kann also mit der Forschung, die auf diesen Technologien basiert, sehr viel nützliches Wissen schaffen. Was wir heute besprechen, ist nur ein kleiner Bereich. Die Grüne Gentechnologie umfasst daneben sehr viele nützliche Methoden.

(D)

Das Monopolisieren von Saatgut und das In-die-Welt-Setzen von Pflanzen, die ein Gift produzieren, von dem wir nicht wissen, wie es sich auf die Ökokreisläufe langfristig auswirkt, ist etwas anderes. Ich spreche hier gegen die Freisetzung dieser Pflanzen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit meiner Fraktion wünsche ich mir, dass die Landwirtschaftsministerin eine klare Entscheidung fällt, und zwar, bevor der Mais ausgesät wird. Ich fände es schlimm, wenn hier vollendete Tatsachen geschaffen würden. Die Bevölkerung will einen solchen Anbau nicht; da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Ansonsten sähe die Karte, die ich Ihnen hier gezeigt habe, nicht so aus, wie sie sich hier darstellt. Von einem Anbau ist vor allem die Bevölkerung in Osteuropa betroffen, die nicht so gut Bescheid weiß.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Oh! Sind die alle dumm in den neuen Bundesländern?)

- (A) – Nein. Aber die Bevölkerungsdichte ist dort sehr gering. Die Landwirtschaft kann dort nicht mehr überleben. – Sie glauben das nicht? Fahren Sie doch einmal durch Brandenburg! Sehen Sie sich einmal die riesigen Felder an! Wo sind denn da die Landwirte? Ich habe einen Landwirt aus Schleswig-Holstein gekannt, der 40 Hektar hatte. Nach der Wende ist er in den Osten gefahren und hat dort für das Geld, das er für den Verkauf seiner 40 Hektar bekommen hat, 4 000 Hektar gekauft. Das ist kein Einzelfall.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Vaatz? – Herr Kollege Vaatz, bitte sehr.

Arnold Vaatz (CDU/CSU):

Herr Kollege Wodarg, ich habe vorhin zur Kenntnis genommen, dass Sie den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Osteuropa und speziell in Ostdeutschland – Sie haben gerade eine Karte von Ostdeutschland in die Luft gehalten – im Wesentlichen auf den verminderten Informationsgrad und das mangelnde Risikobewusstsein der Bevölkerung dort zurückführen.

Meine Frage ist folgende: Können Sie sich vorstellen, dass die Menschen in Ostdeutschland kein vermindertes Risikobewusstsein, sondern ein völlig anderes Risikobewusstsein haben, da sie nämlich die minimalen Risiken, die aus dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen erwachsen, als nahezu lächerlich betrachten und den daraus zu erwartenden Nutzen gerne für sich in Anspruch nehmen wollen? Dies hat einen einfachen Grund: Im Gegensatz zu manchem aus dem Westen wissen sie, dass gentechnisch veränderte Pflanzen wie jede andere Pflanze, wenn sie vom Menschen genossen wird, im Magen-Darm-Trakt abgebaut werden und überhaupt keine Schädigungen des Menschen verursachen können

- (B) von gentechnisch veränderten Pflanzen erwachsen, als nahezu lächerlich betrachten und den daraus zu erwartenden Nutzen gerne für sich in Anspruch nehmen wollen? Dies hat einen einfachen Grund: Im Gegensatz zu manchem aus dem Westen wissen sie, dass gentechnisch veränderte Pflanzen wie jede andere Pflanze, wenn sie vom Menschen genossen wird, im Magen-Darm-Trakt abgebaut werden und überhaupt keine Schädigungen des Menschen verursachen können

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wissen Sie doch gar nicht! Haben Sie es mal versucht?)

und dass Sie mit den Vorstellungen, die Sie ständig pflegen, nämlich dass von gentechnisch veränderten Pflanzen Gefahr ausgehe, und damit, dass Sie diese Pflanzen als Genmais bezeichnen, obwohl Sie ganz genau wissen, dass jeder Mais aus Genen besteht,

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Gespenster an die Wand malen, die keine reale Begründung haben und nur dazu dienen sollen, die Menschen einzuschüchtern und von Ihren ideologischen Vorstellungen zu überzeugen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD):

(C) Die Verve, mit der Sie das vorgetragen haben, steht in großem Gegensatz zum Inhalt Ihres Einwurfs. Ich bin Arzt und Umweltmediziner. Ich habe nicht darüber gesprochen, dass Menschen gesundheitlich gefährdet werden. Das weiß ich nicht; das mögen Sie bitte zur Kenntnis nehmen. Es gibt noch gar nicht ausreichend viele epidemiologische Untersuchungen darüber, die lange genug durchgeführt worden wären, um hier eine Aussage zu ermöglichen. Dass es den Kühen, die in Bayern mit gentechnisch verändertem Mais gefüttert worden sind, gut geht, freut mich.

Ich habe davon gesprochen, was in der Landschaft passiert. Wenn Sie einmal zur Kenntnis nehmen, welche Bedenken der zuständige Minister von Brandenburg – er ist von den Menschen in Brandenburg gewählt worden – in Bezug auf die Entwicklung, die sein Land besonders heftig trifft, hat, dann wissen Sie, dass auch die Menschen in Ostdeutschland große Angst vor diesem Anbau haben und ihn für nicht gut halten.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das ist Unsinn! – Ulrike Flach [FDP]: So ein Quatsch!)

Ansonsten würden sie diesen Minister nicht gewählt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Land Rumänien hat sich entschlossen, gentechnisch veränderten Mais nicht anzubauen zu wollen.

(Beifall der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

(D) Das finde ich bemerkenswert. Das Land Rumänien ist Mitglied im Europarat und hat sich an der entsprechenden Debatte beteiligt. Ich habe diese Debatte damals im Europarat in Gang gesetzt, um in der Parlamentarischen Versammlung ein Bewusstsein für dieses Problem zu schaffen. Das war vielen überhaupt nicht gegenwärtig. Man wäre in Rumänien bei einer anderen Entscheidung in der Situation gewesen, dass die dort produzierten Lebensmittel plötzlich der Kennzeichnungspflicht in ganz Europa unterlägen. Die Betroffenen wären in die Falle gelaufen und hätten ihre Produkte nicht mehr vermarkten können, wenn es zu Gentransfers gekommen wäre. Das ist nicht fair. Die Strategie der beteiligten Unternehmen ist unverantwortlich, und deshalb möchte ich, dass wir den Anbau von gentechnisch verändertem Mais verbieten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

- (A) Nächste Rednerin ist die Kollegin Eva Bulling-Schröter für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt Ende März. In gut vier Wochen werden die Äcker wieder mit Mais bestellt. Leider ist auf einigen auch die Aussaat des Genmais MON 810 geplant. Um genau zu sein, waren im Februar 3 700 Hektar Anbaufläche beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit gemeldet. Zum Glück werden es wohl weniger Flächen sein, die mit dem Genmais verunstatet werden. Das kann zwei Ursachen haben.

Erstens erkennen jedes Jahr einige Landwirte mehr, dass sie mit der Entscheidung, Genmais anzubauen, völlig unnötig die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei gefährden. Debatten, Proteste, Streit mit Nachbarn und Imkern sind meistens die logische Folge. Viele ziehen sich dann von ihrem Vorhaben zurück, und das ist auch gut so.

Zweitens kann auch die Politik dieses Treiben stoppen, vor allem Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner; das wurde hier schon angesprochen. Es liegt in ihrer Hand, den Anbau von MON 810 in diesem Jahr zu untersagen. Es ist kein Geheimnis, dass sich der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident von Bayern gestern für ein gentechnikfreies Bayern ausgesprochen hat. Wir wollen das bundesweit. Folgen Sie also bitte Ihrem Parteivorsitzenden!

- (B) Andere Länder haben das schon vorgemacht. Österreich will den Genmais nicht. In Frankreich sagt selbst Sarkozy „Non“ zum Genmais. In Griechenland setzt man lieber auf traditionelle Oliven statt auf Laborpflanzen aus den Küchen von Monsanto. Warum also unsere Äcker mit einer Pflanze bestellen, welche von so vielen abgelehnt wird? Ich kann das nicht verstehen. Das ist des Volkes Wille, und wir sind vom Volk gewählt. Die meisten Bäuerinnen und Bauern wollen den Genmais MON 810 nicht, Umweltschützerinnen und Umweltschützer sowieso nicht. Als umweltpolitische Sprecherin meiner Fraktion frage ich mich daher: Was macht der Genmais? Wen tötet der Genmais? Wie sicher ist der Genmais?

Der gentechnisch veränderte Mais MON 810 ist ein Dauerproduzent von Gift. Anstatt Gift gegen seinen Widersacher, einen kleinen Schmetterling namens Maiszünsler bzw. dessen Raupen, dann zu verwenden, wenn die Gefahr am größten ist, wird bei MON 810 schon vorsorglich Gift produziert.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das ist in etwa so, als wenn ich jeden Morgen anstatt eines Kaffees erst einmal ein Antibiotikum einnehme. (C)

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Nein!)

Ich weiß ja nicht, ob nicht im Laufe des Tages ein hinterlistiger Keim auftaucht, welcher mich gegebenenfalls krank macht.

Die Freunde der Agrogentechnik in den Reihen der CDU und FDP werden sicherlich denken – Sie haben ja auch schon gelacht –: Das Gift – es geht hier um ein Toxin, welches das Bodenbakterium *Bacillus thuringiensis* produzieren kann – wird auch im Ökolandbau eingesetzt, kann so schlimm also gar nicht sein. – Da muss ich aber sagen: Das ist nicht das Gleiche. Erstens spritzt der Biobauer nur dann,

(Johannes Röring [CDU/CSU]: Der Biobauer spritzt? – Peter Bleser [CDU/CSU]: Das ist doch verboten!)

wenn der Schadensdruck so groß ist, dass es dringend geboten ist. Zweitens handelt es sich bei dem, was die Ökobauern spritzen, um ein Protoxin, welches erst im Körper des Schädling aktiv wird. Bei Genmais hingegen ist es allzeit bereit und jederzeit toxisch. Drittens wird das Bt-Toxin nach wenigen Tagen abgebaut; beim Genmais bleibt es aber die ganze Vegetationsperiode erhalten. Man könnte also sagen: ein giftiger Sommer dieses Jahr.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU) (D)

Als Umweltschützerin frage ich mich: Welche Auswirkung hat die ständige Präsenz eines Giftes auf die Umwelt? Wie wirkt sich das Gift auf Tiere aus, die eigentlich gar nicht bekämpft werden sollen? Man bezeichnet diese Kollateralschäden als Nicht-Zielorganismen. Das Bundesamt für Naturschutz hat dazu schon einige Publikationen herausgegeben. Diverse Schmetterlinge müssen die Flügel strecken, wenn in der Nähe Genmais steht. Auch den Honigbienen bekommt der Genmais nicht gut, wie eine Studie der Universität Jena herausgefunden hat, welche aber leider nicht fortgeführt worden ist – warum auch immer.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Denen fehlen die Millionen!)

In den USA wurde vor kurzem entdeckt, dass man auch die Wirkung auf Wasserlebewesen näher untersuchen sollte. Die Blackbox Boden ist sowieso immer noch ein völlig unzureichend untersuchter Lebensraum.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Da sind Sie aber nur einseitig informiert!)

- (A) Wie lange kann sich Bt-Toxin hier anreichern? Solchen Fragen müsste in einem sachlichen Zulassungsverfahren nachgegangen werden.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Die sind doch alle erörtert worden bei dem Bt-Mais-Monitoring in Bayern! Das wissen wir doch alles!)

– Ja, in Bayern. – Schauen Sie sich mir allerdings die Bedingungen an, unter denen transgene Pflanzen in der EU zugelassen werden, dann bleiben für uns und die breite Masse der Bevölkerung noch viele Fragen offen.

Wir brauchen einen richtigen Crashtest, quasi den Elchtest für Genpflanzen. So etwas gibt es aber nicht. Warum?

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Die Elche fressen sie auf!)

Weil keine der Genpflanzen diese Tests bestehen würde. Es gäbe keine Agrogentechnik mehr, und die vielen schönen Milliarden der Konzerne wären in den Sand gesetzt: BASF, Monsanto und Co. müssten nach neuen Feldern Ausschau halten, um die Profitmaximierung weiter voranzutreiben.

Die Linke sagt ganz klar: Wir wollen keine gentechnisch veränderten Pflanzen,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut, dass wir das jetzt auch wissen!)

- (B) weder den Genmais MON 810 noch transgenes Soja aus Brasilien und schon gar nicht die blaue Blume von Frau Happach-Kasan, die sie letzte Woche hier zur Schau gestellt hat.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das war eine Nelke! – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Genauso ist bei Insulin diskutiert worden!)

Liebe Kollegin, Ihnen sage ich: Diese Debatte sollte ernsthaft geführt werden. Transgene Pflanzen wie Kuschtiere ans Podium zu tragen, dient unserer Ansicht nach nicht der Ernsthaftigkeit.

Wir stimmen dem Antrag der Grünen uneingeschränkt zu. Ich nenne für die Bevölkerung einmal die Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause: Die SPD und die CSU haben sich wiederholt dazu positioniert. Damit sind theoretisch 222 SPD-Abgeordnete, 53 Linke, 51 Grüne und 46 CSU-Abgeordnete für ein sofortiges Anbauverbot von MON 810. Das sind 372 Abgeordnete bzw. 61 Prozent. Das wäre die Mehrheit, die aber leider nicht zum Tragen kommt. Ich finde das schade. Es wäre auch möglich, dass Sie einen eigenen Antrag einbringen. Werden Sie klüger! Das wäre ein wichtiger Schritt für die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei.

Ich habe Ihnen genau zugehört: Wenn jetzt schon Herr Honecker und Herr Gorbatschow im

Zusammenhang mit der Grünen Gentechnik (C) bemüht werden, dann sind wir weit gekommen.

Noch eine Bemerkung zum Schluss: Bei der bayerischen Studie wurde nur zu 41 Prozent GVO-Futter verwendet und nicht zu 100 Prozent. Mehr verträgt eine Kuh nicht.

(Lachen bei der CDU/CSU – Peter Bleser [CDU/CSU]: Mehr verträgt eine Kuh nicht? Was haben Sie für eine Ahnung! Das ist ja abenteuerlich! – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Was für eine Sachkenntnis! Sie hat auch nur so viel getrunken, bis es ihr zum Hals stand!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Mehr verträgt eine Kuh nicht! Haben Sie das gehört?

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Johannes Röring das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Johannes Röring (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Frage, ob, in welcher Form und unter welchen Rahmenbedingungen wir in Deutschland die Grüne Gentechnik nutzen wollen, muss stets vor folgendem Hintergrund diskutiert werden: Verantwortung. Diese Verantwortung, Frau Künast und Frau Bulling-Schröter, nehmen Sie – das habe ich gespürt – nicht wahr. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist immer ein guter Einstieg in die Rede!)

Aus der Industrie und der Medizin ist Gentechnik trotz ähnlicher Debatten in der Vergangenheit heute nicht mehr wegzudenken. Ich erinnere nur daran – das wurde vorhin angesprochen –, dass ein hessischer Umweltminister namens Fischer unter anderem die Produktion von gentechnisch verändertem Insulin jahrelang verhindert hat, obwohl das für die Menschen wichtig war. Jetzt machen das eben andere, und wir kaufen es aus dem Ausland.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: So ist es!)

Wir reden aktuell über Grüne Gentechnik. Hier haben wir zuallererst Verantwortung gegenüber dem Verbraucher. Es muss garantiert werden, dass sichere, gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel für ihn und seine Kinder zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen die Ängste und Sorgen der Menschen ernst nehmen, und wir

- (A) müssen ausschließen, dass durch Gentechnik Schäden für Mensch und Umwelt entstehen können.

Wir haben aber auch Verantwortung gegenüber möglichen Anwendern. Die Koalition hat ein modernes Gentechnikgesetz verabschiedet.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höfken?

Johannes Röring (CDU/CSU):

Ja, bitte.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich muss sagen, diese Debatte ist zum Teil schwer zu ertragen.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Ich frage mich, was die Kollegen links von mir eigentlich antreibt, um so sektenhaft zu formulieren.

Was ich Sie fragen möchte, da Sie von Verantwortung reden: Halten Sie es ernsthaft für verantwortungsvoll, in geschlossenen Systemen gentechnisch zu produzieren, ohne dass es eine entsprechende Gesetzesgrundlage gibt? Wollen Sie tatsächlich sagen, dass all unsere Gesetze für die Produktion in geschlossenen Systemen unsinnig seien? War es nicht verantwortungsvoll,

- (B) dass der damalige Umweltminister Fischer gefordert hat, dass es erst Gesetze geben muss, nach denen das abläuft, bevor man mit der Produktion beginnt? Ist es Ihre Auffassung, dass man sich von diesem Teil der Gentechnikgesetze schleunigst verabschiedet, und nennen Sie dies Verantwortung?

Johannes Röring (CDU/CSU):

Liebe Kollegin Höfken, die Realität hat uns da sehr schnell eingeholt. Die Dinge sind produziert worden, und wir haben klare Gesetze in Deutschland. Wir müssen ganz einfach feststellen, dass Sie damals diese Angst in unverantwortlicher Weise geschürt haben, sodass wir diese Technik in Deutschland trotz unserer Topwissenschaftler und unserer Topgrundlagenforschung nicht zur Anwendung bringen konnten; das haben andere gemacht. Das ist Ihr Beitrag zur Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war keine Antwort!)

Ich fahre fort. Wir brauchen Rechtssicherheit für die Anwender, die diese Technologie nach den gesetzlichen Vorgaben anwenden dürfen. Verantwortung haben wir auch in besonderem Maße gegenüber der Forschung, damit sie ohne ideologische Scheuklappen – dies hat übrigens Ihr Fraktionsvorsitzender gestern beim Verband der

Chemischen Industrie deutlich gesagt – an die wissenschaftlichen Fragen herangeht. (C)

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das war auch bei der chemischen Industrie!)

Wir müssen die Risiken aufmerksam analysieren; denn wir tragen auch Verantwortung für die Bevölkerung weltweit. Hier können wir mit unserem Stand der Wissenschaft dazu beitragen, Lösungen zu erarbeiten, die vielen Menschen in der Welt zugutekommen. An dieser Stelle lobe ich besonders die Anstrengungen des Bundeslandwirtschaftsministeriums und des Bundesforschungsministeriums, die in den nächsten fünf Jahren Projekte in der Bioenergie-, Agrar- und Ernährungsforschung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit Partnern in der Wirtschaft mit bis zu 200 Millionen Euro unterstützen. Dabei wird die Grüne Gentechnik eine große Rolle spielen.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Wir haben auch Verantwortung dafür, die Bandbreite der Chancen der Gentechnik weiter zu erforschen. Es gibt vielversprechende Erfolge. Indien ist bereits angesprochen worden. Das Märchen von den Landwirten, die sich umbringen, weil sie in den Klauen der Gentechnikindustrie sind, muss endlich ausgeräumt werden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist aber kein Märchen!)

(D)

Wir haben im letzten Herbst mit Bauern aus Indien gesprochen, die genau das Gegenteil gesagt haben. Diese Bauern, unter ihnen auch Kleinbauern, äußerten, die Lösung über die Bt-Baumwolle, bei der der Wurzelbohrer auf bezahlbare Weise bekämpft wird – im Übrigen nicht nur mit der Sorte einer Firma; es gibt mittlerweile zehn bis 20 Sorten und Konstrukte mit starkem Wettbewerb –, führe dazu, dass die Suizidrate, die erschreckend hoch war, endlich wieder zurückgehe. Es ist genau das Gegenteil gewesen, und Sie behaupten immer noch das Gleiche.

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt überhaupt nicht! – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist so was von falsch!)

– Herr Kelber, ich habe es authentisch geschildert, wie es Kollegen aus Indien berichtet haben. Was sie mir geschildert haben, war sehr glaubhaft.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ich war vor Ort!)

Gentechnik kann also nicht nur Fluch, sondern auch Segen sein. Wir haben auch Verantwortung für eine sich schnell verändernde Welt, für Menschen, die nicht wie wir hier in Deutschland und Europa im Überfluss leben und täglich genügend Nahrung haben. Daher werden wir

- (A) genau beobachten müssen, ob die Gentechnik auch hier Lösungen bieten kann.

Ich betone immer wieder – ich habe dies an dieser Stelle schon des Öfteren gemacht –, dass wir mit der Tatsache umzugehen haben, dass sich weltweit die Ackerfläche pro Erdbewohner halbieren wird. Frau Künast, wenn Sie dann auch noch Bioenergie und andere Rohstoffe erzeugen wollen, muss die Anbauintensität noch weiter erhöht werden. All dies negieren Sie.

Es ist unabdingbar, die Leistungsfähigkeit der Pflanzen zu erhöhen. Es gibt viele Ansätze. Die weltweite Verbreitung von MON 810 erstreckt sich auf fast 30 Millionen Hektar Anbaufläche. Im Übrigen gab es keine Schadensmeldung, obwohl dieser Mais seit weit über zehn Jahren angebaut wird. Die Forderung, den Anbau jetzt zu stoppen, kann ich nicht verstehen.

Ich bin darüber erschrocken, wie Sie, Frau Künast, über meine Kollegen in der Welt gesprochen haben, die Sie für zu dumm halten, mit modernen Techniken umzugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe Landwirte in aller Welt kennengelernt, die im Sinne der Landwirtschaft nachhaltig über Generationen produzieren und die sehr wohl verantwortungsvoll mit moderner Technik umgehen können. Über das Märchen von der Abhängigkeit von Kleinbauern von dieser modernen Technologie kann ich nur lachen. Wir haben die Freiheit, auch andere Pflanzen anzubauen.

(B)

(Dr. Wolfgang Wodarg [SPD]: Das, was Sie sagen, ist fast zynisch, wenn man die Realität sieht! – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht mit Gentechnik! Da ist die Freiheit zu Ende!)

– Meine lieben Damen und Herren, ich merke, dass Sie alle Experten sind. Vertrauen Sie einmal einem Landwirt, der jedes Jahr Pflanzen anbaut!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir bauen diese Maispflanzen an; das sind Hybridpflanzen, die man nicht nachbauen kann. Ich fühle mich in keiner Weise abhängig, solange es genug Konkurrenz gibt. Mit Ihrer ablehnenden Haltung fördern Sie die Monopolisierung; im Moment dominiert in diesem Bereich eine Firma. Wir müssen für wesentlich mehr Wettbewerb sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir dürfen uns den Chancen der Gentechnik nicht verschließen; denn nur verantwortungsvolle, nachhaltige und zielgerichtete Politik und nicht einseitige Ideologie darf hier unser Maßstab sein. Ich muss sagen, dass ich bei Ihrem Antrag nichts von Verantwortung spüre. Ich lehne ihn daher ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dem Thema Grüne Gentechnik ist zumindest ein bisschen Leben in der Debatte. In der Tat sind aber einige Redebeiträge und auch die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner ziemlich vorhersehbar.

Ich möchte auf zwei Bereiche eingehen. Frau Kollegin Happach-Kasan, FDP, und Kollege Röring, CDU, haben die Situation in Indien angesprochen. Ich glaube, es bringt den Menschen, die uns zuhören oder diese Debatte nachlesen – es wird ja alles protokolliert –, nicht viel, nachzuprüfen, wann wer mit wem auf wessen Einladung und wo vor Ort in Indien war. Ich bin nicht ganz so häufig unterwegs, wie man meiner Webseite entnehmen kann; aber auch ich kann eine Indienreise nachweisen.

Als Informatiker habe ich eines gelernt, nämlich Aussagenlogik. Wenn die Erfahrungen mit Baumwolle in Indien so hervorragend waren, warum hat sich die indische Regierung dann entschieden, beim nächsten Produkt, nämlich bei Soja, auf Gentechnikfreiheit im gesamten Land per Gesetz zu bestehen? Das ist die erste Nachfrage.

(D)

Zweite Nachfrage: Wenn das Produkt so überlegen ist und die Bauern die Mehrkosten – es war oft Verschuldung, die zu den Suiziden geführt hat – durch den Erlös locker ausgleichen, warum muss die anbietende Firma Monsanto dann jeden Konkurrenten, jeden Saatzuchtbetrieb, der herkömmliche Baumwolle vor Ort anbietet, hektisch aufkaufen und dessen Produkte vom Markt nehmen, damit die Bauern in der Region keine Alternative mehr haben?

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Das ist doch Quatsch! Das sind doch Märchen!)

Das wäre doch nicht notwendig, wenn es so wäre, wie Sie es beschrieben haben.

Frau Happach-Kasan, diejenigen, mit denen Sie geredet haben und von denen Sie erzählen, sind in der Regel Menschen, die mit dem Einsatz von Grüner Gentechnik ihr Geld verdienen. Da gilt in der Tat das gute alte Zitat von Guido Westerwelle: Wenn man einen Teich trockenlegen will, darf man nicht die Frösche fragen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Kelber, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Happach-Kasan?

(A) **Ulrich Kelber (SPD):**
Selbstverständlich.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Kollege Kelber, ich freue mich, dass Sie anerkennen, dass die Debatte etwas lebhafter und deshalb auch ein bisschen spannend ist. Ich freue mich auch, dass Sie ebenfalls in Indien waren, weil die Eindrücke, die man dort gewinnt, für eine solche Debatte prägend sind. Ich gehe einmal davon aus, dass wir da durchaus übereinstimmen.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir in der Bewertung übereinstimmen, dass Baumwolle und Soja zwei verschiedene Pflanzen mit deutlich unterschiedlichen Standortbedingungen und deutlich unterschiedlichen Anbauvoraussetzungen sind und auch deutlich unterschiedliche Kenntnisse für deren Anbau vonnöten sind. Ich glaube, auch da sind wir einer Meinung.

Ich habe die IFPRI-Studie angesprochen; sie ist im Oktober veröffentlicht worden. Das Institut hat seinen Sitz in Washington. Professor von Braun ist Leiter dieses Institutes. Er dürfte Ihnen bekannt sein, weil er schon in Bonn gearbeitet hat, und er ist mir bekannt, weil er zuvor in Kiel gearbeitet hat.

(Zuruf des Abg. Gustav Herzog [SPD])

(B) – Herr Kollege Herzog, ich komme selbstverständlich zu meiner Frage. Da brauchen Sie gar keine Sorgen zu haben. – Die Ergebnisse dieser Studie machen deutlich, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln durch den Anbau von Bt-Baumwolle gemindert werden konnte. Dies ist zumindest aus umweltpolitischer Sicht eine sinnvolle Entwicklung.

Jetzt will ich auf das Thema Baumwolle zurückkommen.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Sie machen es ja richtig spannend! Mittlerweile bin ich auf Ihre Frage wirklich gespannt!)

Haben Sie diese Studie eigentlich genau gelesen? Haben auch Sie zur Kenntnis genommen, dass Baumwolle die Pflanze ist, für die in Indien die höchsten Pflanzenschutzmittelaufwendungen getätigt werden, und sind auch Sie zu dem Schluss gekommen, dass die Entscheidung der indischen Regierung, weiterhin in Bt-Baumwolle zu investieren, insofern durchaus sinnvoll sein könnte?

Das hat man in Indien getan. Es gibt zwei Konstrukte, die von Monsanto stammen: ein Konstrukt, das in Indien entwickelt worden ist, und ein Konstrukt, das in China entwickelt worden ist. Das heißt, es entsteht immer mehr Vielfalt; dieses Thema hat Herr Kollege Röring angesprochen. Vor diesem Hintergrund bin ich der Auffassung, dass die Frage, wie man mit gv-Soja umgeht, nichts mit

den Erfahrungen, die man in Indien mit Bt-Baumwolle gemacht hat und die insgesamt gesehen gut sind, zu tun hat. Würden Sie diese Einschätzung teilen? (C)

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Happach-Kasan, meine wunderschöne Heimatstadt Bonn hat 320 000 Einwohner. Die Zahl der Menschen, die dort jemals gewesen ist, geht wahrscheinlich in die Millionen. Auf Ihre Frage, ob ich Herrn Professor von Braun persönlich kenne, muss ich Ihnen sagen: Ich kenne nicht alle Menschen, die schon einmal in Bonn waren, persönlich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Professor von Braun ist aber jemand, den man durchaus kennen könnte!)

Ich bemühe mich zwar, möglichst viele Hausbesuche und Aktivitäten vor Ort durchzuführen; aber das habe ich noch nicht ganz geschafft.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Schade!)

Ich kenne diese Studie nicht.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Auch das ist schade!)

Ich lasse sie mir aber gerne zuschicken und lese sie. Sie wissen so gut wie ich, dass es Hunderte von Studien gibt. Wahrscheinlich könnte ich Ihnen sofort locker zehn bis zwanzig Studien nennen oder von den Mitarbeitern meines Büros herausuchen lassen, die Sie nicht gelesen haben. Das ist aber nicht das spannende Spiel. (D)

Beim Thema Soja sagen Sie, gentechnisch verändertes Soja sei so überlegen, dass man es anbauen muss. Wenn ich daraufhin sage, dass sich die indische Regierung aufgrund der Erfahrungen mit gentechnisch veränderter Baumwolle dazu veranlasst sah, die angeblichen Vorteile des nächsten Produkts nicht zu nutzen,

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das ist Ihre Folgerung! Das stimmt aber nicht!)

sondern darauf zu verzichten, dann handelt es sich, was die Aussagenlogik angeht, um den Schluss, dass es im Hinblick auf die Baumwolle Gründe für diese Entscheidung gegeben haben muss.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Ja!)

Einen Grund haben Sie übrigens genannt. In der Tat ist Baumwolle eine Pflanze, deren Anbau in der Regel einen sehr hohen Pestizideinsatz zur Folge hat. Interessanterweise hat sich der Pestizideinsatz in den Regionen, in denen Bt-Baumwolle angebaut wird, keineswegs Richtung null bewegt.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Er wurde aber gemindert!)

- (A) Vielmehr berichten die Bauern, übrigens auch Bauern aus anderen Weltregionen wie Südafrika, dass der Umfang des Pestizideinsatzes innerhalb kürzester Zeit wieder den alten Stand erreicht hat.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Das ist doch kein Wunder! Das ist bei allen Pflanzen so! Eine ganz normale Entwicklung!)

Das Saatgut, das zum Einsatz kommt, ist also teurer, und die Kosten für den Pestizideinsatz sind gleich hoch. Das war auch der Grund für die Verschuldung der Bauern. Sie mussten die Kosten für beides tragen, ohne bessere Ernten zu haben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der entscheidende Punkt.

Wie immer hat mir auch heute die Rede meines werten Koalitionskollegen Peter Bleser gefallen. Zur Erinnerung: Peter Bleser ist der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er hat, wie man nachlesen kann, eine fulminante Pro-Gentechnik-Rede gehalten. Ich habe beobachtet, dass ihm sämtliche anwesenden Abgeordneten der CSU frenetisch Beifall geklatscht haben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Gut, dass wir das Protokoll haben!)

- (B) Es ist wichtig, zwischen den Pressemitteilungen von Herrn Söder, Herrn Seehofer und neuerdings teilweise auch Frau Aigner und dem Verhalten der CSU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag zu unterscheiden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Problem, das ich bei Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner hinter verschlossenen Türen immer wieder habe.

Ich habe mich über die Studie aus Bayern und über ihr Ergebnis gefreut. Ich gehöre übrigens zu den Menschen, die sich relativ sicher sind, dass sie, wenn sie ihr Leben lang Bt-Mais essen würden, vermutlich nicht daran erkranken würden.

(Beifall der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Ich finde es gut, dass sich die SPD-Fraktion damals dafür eingesetzt hat, diese Langzeitfütterungsstudie in Auftrag zu geben.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Ja! Sehr gut sogar!)

In diesem Zusammenhang habe ich mich an die Anzeige erinnert, die Peter Ramsauer – er ist übrigens der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag – im Landtagswahlkampf geschaltet hat.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh ja!)

In dieser Anzeige hieß es sinngemäß, die CSU sei immer gegen diese Langzeitfütterungsstudie gewesen, und die SPD habe mit ihrem Verhalten gezeigt, dass sie in Wirklichkeit für Gentechnik sei. Diese Anzeige ist vier Tage vor der Landtagswahl in der Heimatzeitung von Herrn Ramsauer erschienen. So viel zum Thema „Ehrlichkeit in der Argumentation“.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fragen der Gefährdung der Gesundheit durch gentechnisch veränderten Mais sind in diesem Zusammenhang gar nicht entscheidend. Wenn Sie die Position der SPD nachlesen, stellen Sie fest, dass dieses Thema überhaupt nicht angesprochen ist. Vielmehr geht es um Fragen der Artenvielfalt, der Abhängigkeit und der Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das sind die entscheidenden Fragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass die Konzentration auf wenige Sorten einerseits die Art und Weise, wie wir Landwirtschaft betreiben, gefährdet und die Vielfalt des Angebots an Lebensmitteln reduziert und andererseits für die Ernährung gefährlich ist.

Ein gutes Beispiel dafür ist Reis. Ich gehe bewusst auf mehrere Sorten ein. Es gibt auf der Welt über 60 000 natürliche und auf Grundlage der Kulturvielfalt von Landwirten herangezogene Reissorten. Würden wir auf gentechnisch veränderte Reissorten umsteigen, gäbe es am Ende drei, vier oder fünf Sorten.

In den 70er-Jahren gab es einen starken Pilzeinfall in alle Reissorten dieser Welt, teilweise mit bis zu 90 Prozent Ernteausschlag. Eine Resistenz gegen Pilze ist eine Multigeneigenschaft, die man mit Gentechnik auch in den nächsten 30 Jahren vermutlich nicht erreichen wird, sondern nur durch Züchtung. Es hat sich unter 60 000 untersuchten Reissorten eine einzige als resistent erwiesen. Was wäre passiert, wenn diese eine Sorte entweder verdrängt oder vorher vernichtet worden wäre? Übrigens, das Tal, in dem diese Reissorte damals entdeckt wurde, ist heute eine Talsperre; diese Reissorte ist nicht mehr existent.

(Dr. Peter Jahr [CDU/CSU]: Das hat mit Gentechnik nichts zu tun!)

Das ist die Frage der Artenvielfalt. Sie wissen, wie stark der Widerstand der Landwirte gegen die grüne Gentechnik ist. Frau Happach-Kasan, ich bin nicht bereit, gegen ihren erklärten Willen die Bevölkerung zu zwingen, diese Produkte direkt oder indirekt zu kaufen, oder die Landwirte zu zwingen, diese Sorten anzubauen.

(C)
(D)

(A) (Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das stimmt! – Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Dazu bin ich auch nicht bereit!)

– Sie wehren sich aber gegen eine klare Kennzeichnung.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Nein!)

Sie wehren sich gegen eine klar nachvollziehbare Koexistenz. Somit wollen Sie die Leute zwingen, diese Produkte zu sich zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Jede Generation wird für sich neu entscheiden müssen, ob sie technologische Möglichkeiten, die die Grüne Gentechnik ihnen bietet, akzeptieren will oder nicht, ob diese Möglichkeiten Vorteile bringen oder aber gesellschaftliche Nachteile überwiegen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Was ist das denn für eine Aussage?)

Wenn ich heute für meine Generation entscheide, wäge ich die Nachteile und Vorteile für die Gesellschaft ab.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Was ist denn Ihre Generation?)

Nachteile: Die Artenvielfalt wird reduziert, die Abhängigkeit gesteigert, die Koexistenz erschwert; die Kosten für gentechnikfreie Landwirtschaft steigen wegen der Vielzahl der Sicherheitsmaßnahmen und der Überprüfungen.
(B) Nutzen dagegen: keiner. Bestimmte Sorten sind resistent gegen ein bestimmtes Pestizid, Nutzen für die Gesellschaft: null. Ergo: Es muss ein Verbot des Anbaus dieser Pflanzen geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deshalb erwarte ich von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner – selbstverständlich hat sie heute beim EU-Agrarrat zu sein; sie ist hier durch einen Staatssekretär vertreten –, dass sie wie angekündigt eine Prüfung vornimmt – rechtzeitig, bevor die Landwirte dieses Saatgut kaufen – und die Aussaat in Deutschland untersagt. Das ist ihre Aufgabe; daran wird man ihre Aussagen der letzten Wochen und Monate messen können.

Frau Aigner wird im Agrarrat auch darüber abstimmen müssen, ob die Europäische Kommission, die sich gerade eine blutige Nase geholt hat, Griechenland und Frankreich zwingen kann, ihre Anbauverbote aufzugeben. Ich bin Bundesumweltminister Sigmar Gabriel dankbar, dass er klare Kante gezeigt hat: Es waren Deutschlands Stimmen, die geholfen haben, dass Österreich und Ungarn in ihren Ländern gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen dürfen, dass die Europäische Kommission unsere Nachbarn nicht zwingen durfte, etwas gegen ihren Willen zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Ich hoffe, Frau Aigner hat denselben Mut und stimmt im Agrarrat genauso ab.

Heute liegt uns ein Antrag vor, den die SPD in allen Punkten unterstützen kann. Das verwundert nicht: Er enthält nur Punkte aus dem Antrag, den wir unserem Koalitionspartner in den Jahren 2006, 2008 und – vor wenigen Tagen – 2009 vorgelegt haben.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Wir haben ihn jedes Mal abgelehnt!)

Frau Präsidentin, da ich das letzte Mal für meine Wortwahl gerügt wurde, weise ich darauf hin, dass ich jetzt nur meinen Koalitionspartner zitiere; er sagte, das sei ihm scheißegal. Das ist die Wortwahl an dieser Stelle.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wie bitte?)

Wir, die SPD-Fraktion, dürfen diesen Antrag nicht einbringen. Wir dürfen laut Koalitionsvertrag – das ist typisch für einen Koalitionsvertrag; Frau Höfken, Frau Höhn und Frau Künast wissen, was Koalitionsverträge sind – einem Antrag der Opposition nicht zustimmen. Deswegen werden wir das heute nicht tun. Wir werden weiter für den gleichen Inhalt kämpfen. Wir werden darauf drängen, dass wenigstens einer der Abgeordneten von der CSU, die in jeder Pressemitteilung sagt, sie teile diese Position der SPD, zu dieser Meinung steht und sie hier vorträgt. Die CSU sollte nicht versuchen, über die Zeitungen der Bevölkerung ein Bild zu vermitteln, das von der Meinung, die sie in Wirklichkeit vertritt, abweicht.
(D)

Was gibt es jetzt zu tun?

Erstens. Wir müssen für verbindlich gentechnikfreie Regionen in Europa sorgen. Die Menschen sollen entscheiden können, was passiert, um auch die Kosten der gentechnikfreien Landwirtschaft niedrig zu halten. Es kann nicht sein, dass derjenige, der gentechnikfrei anbauen will, Mehrkosten hat, weil ein anderer eine gentechnisch veränderte Pflanze anbaut, die keinen gesellschaftlichen Nutzen bringt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deswegen muss es verbindlich gentechnikfrei sein. Das kann zum Beispiel durch eine Änderung des europäischen Rechts geschehen. Dann erwarte ich aber, dass wir das mit den Stimmen der CSU-Bundestagsabgeordneten im Bundestag beschließen oder dass die bayerische Landesregierung irgendwann einmal eine Bundesratsinitiative einbringt. Das wäre vielleicht wichtiger, als eine Pressenotiz nach der anderen zu schreiben, in der steht, was man angeblich vorhat. Tun Sie das doch einfach einmal, anstatt nur davon zu reden.

- (A) Zweitens. Wir brauchen gentechnikfreies Saatgut. Wir müssen sicherstellen, dass diejenigen, die gentechnikfrei anbauen können, auch gentechnikfreies Saatgut bekommen, was nicht schon verunreinigt ist.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Das haben wir doch im Gesetz gemeinsam geregelt!)

Wir brauchen eine Demokratisierung der Zulassung, weil es neben der reinen Überprüfung, ob eine unmittelbare Gefährdung für bestimmte Tierarten oder andere Pflanzenarten vorliegt, eben auch die Überprüfung der Langzeitfolgen für den Boden, wie Frau Kollegin Künast gesagt hat, und auch der ökonomischen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge eines Landes – Stichworte: Verdrängungswettbewerb und Monopolisierung – gibt.

Drittens und letztens brauchen wir eine technologieoffene Forschung. Das sage ich in Richtung des Forschungsministeriums, das hier zumindest lange Zeit vertreten war. Technologieoffene Forschung kann nicht heißen, dass im Haushalt von Frau Schavan 90 Prozent der Mittel für die Lösung bestimmter Probleme in der Züchtung in die Grüne Gentechnik und keine 10 Prozent in alternative Technologien gehen. Probleme identifizieren und allen Technologien zur Lösung des Problems gleiche Chancen einräumen, dann könnten wir über einen fairen Umgang mit Grüner Gentechnik reden.

- (B) Das ist die eigentliche Politik, die jetzt gemacht werden sollte. In dieser Koalition ist sie nicht möglich. Ich hoffe auf eine andere Option für eine Mehrheit, um eine vernünftige Gentechnikpolitik machen zu können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Wir auch!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege Franz-Josef Holzenkamp für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal können Sie davon ausgehen, dass es Einigkeit unter den CDU/CSU-Agrariern gibt.

(Lachen der Abg. Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Ulrich Kelber [SPD]: Wo?)

Herr Kelber, Sie haben gerade die Kennzeichnung angesprochen. Sie wissen, dass wir, die Union, beim Gentechnikgesetz weitergehen

wollten, als Sie gegangen sind. Das ist Wahrheit (C) und Klarheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist Wahn zum Quadrat!)

Auch wenn wir uns jetzt etwa zum vierzigsten Mal mit diesem Thema befassen, nenne ich Ihnen zu Beginn einige Schlagzeilen: „Wir sollen uns nicht in die Natur einmischen“, „Dieser Prozess verändert die Eigenschaften des Lebensmittels“, „Gefährliche und unbekannte Substanzen können gebildet werden“,

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt ja auch!)

„Dieser Prozess kann nicht sachgerecht durchgeführt werden, und unvorhergesehene Vorfälle können passieren“,

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

„Es besteht keinerlei Bedarf dafür“.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Kennen Sie diese Aussagen? Kommen sie Ihnen bekannt vor?

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Alle von den Grünen!)

Hat das vielleicht mit der Atomenergie oder anderen aktuellen Dingen zu tun? Nein, dies waren (D) vor etwa hundert Jahren die Argumente gegen die Milchpasteurisierung.

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie weiter! Die Rede kommt gut in Bayern!)

Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir alle kennen die Befürchtungen und Ängste hinsichtlich der Gentechnik. Unsere Fraktion nimmt sie sehr ernst. Es macht aber schon nachdenklich, dass bei den Befragungen ebenfalls herauskommt, dass die Verbraucher zu einem sehr großen Teil der Meinung sind, dass in Lebensmitteln, zum Beispiel in Tomaten, keine Gene enthalten sind. Ich will damit sagen – hierin sind wir alle, so glaube ich, einer Meinung –:

(Ulrich Kelber [SPD]: Jetzt aber vorsichtig, was Sie sagen!)

Es besteht ein erheblicher Aufklärungsbedarf.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fangen Sie einmal bei der CSU an!)

Ich finde, Aufgabe der Politik muss es sein, Unterstützung und Informationen zu bieten, um diese Wissenslücke zu schließen, und zwar wissenschaftsbasiert und nicht durch eine reine

- (A) Emotionalisierung dieser Themen bzw. durch eine reine Symboldebatte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Oberstes Gebot bei der Grünen Gentechnik ist für uns die Sicherheit für Mensch, Tier und Umwelt.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kelber?

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Ja, selbstverständlich.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Er hatte doch gerade das Wort!)

Ulrich Kelber (SPD):

Sie ist vergleichsweise kurz.

Sie haben ja gerade indirekt deutlich gemacht, dass Menschen Angst vor gentechnisch veränderten Produkten haben, weil sie glauben, dass nur in diesen Gene vorhanden sind. Darf ich im Umkehrschluss davon ausgehen, dass Sie als CDU-Abgeordneter deswegen für die Atomtechnologie sind, weil Sie die Funktionsweise eines Nuklearreaktors vollständig verstanden haben?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er soll auch erklären, wie es geht!)

- (B) – Erklären Sie es einfach einmal kurz.

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Das ist wieder eine Scheinfrage. Ich habe es nicht anders erwartet. Sie hat mit dem Thema der heutigen Debatte nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Technikverständnis!)

Ich habe nur deutlich gemacht – das unterstreiche ich für meine Fraktion ausdrücklich –, dass wir mit den Ängsten der Menschen sehr gewissenhaft umgehen. Wir polemisieren aber nicht, sondern wir informieren, und zwar einzig und allein auf sachlicher Basis. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt Aufklärungsbedarf, dem wir nachkommen wollen und müssen, statt die Dinge einfach pauschal zu verteufeln. Wir wissen – das ist schon angekommen –, dass die Grüne Gentechnik breit genutzt wird. Sie wird weltweit auf über 120 Millionen Hektar eingesetzt. Trotz zahlloser wissenschaftlicher Studien – auch das will ich noch einmal unterstreichen – konnte keinerlei Schädigung für Mensch, Tier und Natur festgestellt werden.

Ich finde es bedauerlich, dass die Wissenschaftler, die sich teilweise positiv zum Nutzen der Grünen Gentechnik äußern, von Teilen der Politik in ihrer wissenschaftlichen Integrität diffamiert werden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wo bleiben Ihre Offenheit und Ihre viel gepriesene Toleranz?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn Teile der Politik wissenschaftliche Erkenntnisse als Humbug abtun und die Grüne Gentechnik pauschal und kompromisslos verteufeln, wie soll dann eine transparente, wissenschaftsbasierte Verbraucheraufklärung funktionieren? Wir alle wissen, dass sie so nicht funktionieren kann, und Sie, meine Damen und Herren insbesondere von den Grünen, verhindern es.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, die sogenannten Bt-Pflanzen seien „besonders bedenklich hinsichtlich ihrer schädlichen Wirkungen für Insekten und andere Organismen“. Wenn sie so gefährlich sind, wie Sie meinen, dann wundert es mich, warum der Einsatz von Bt-Bakterien als Spritzmittel im ökologischen Landbau nicht infrage gestellt oder debattiert wird. Auch darauf ist schon hingewiesen worden.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil das etwas ganz anderes ist!)

Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich will das nicht bewerten, sondern nur feststellen – das gilt generell –, dass pflanzeneigene Resistenzen, das heißt eigene Abwehrkräfte, die höchste Form der Ökologie sind. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind aber nicht ihre eigenen Abwehrkräfte!)

Fakt ist doch, dass die Pflanzenzüchtung seit Jahrtausenden nichts anderes tut, als die Eigenschaften von Pflanzen und Tieren zu verändern, und zwar zugunsten der Menschen, und dabei Gene neu zu mischen. Das machen wir seit etwa 10 000 Jahren. Insofern ist eine differenzierte Betrachtung notwendig.

Ich weiß aber auch, dass die Grüne Gentechnik selbstverständlich kein Allheilmittel ist. Wir müssen sehr sorgsam mit diesen Themen umgehen. Aber die Grüne Gentechnik kann helfen, vielen Herausforderungen – sie sind schon benannt worden – gerecht zu werden. Ich möchte dazu die Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Volhard zitieren, die sicherlich nicht in Verdacht gerät, von irgendeiner Seite beeinflusst zu sein:

In Deutschland ist noch nicht hinreichend akzeptiert, dass die Anwendung der

- (A) Gentechnik in der Pflanzenzüchtung ein noch unausgeschöpftes Potenzial für den ökologischen Landbau, für verbesserten Umweltschutz, die Erhaltung der Artenvielfalt und für die Gesundheit bietet.

Das sagen Externe. Damit sollten wir uns sachlich aus-einandersetzen.

Wir müssen uns entscheiden, ob wir diesen Weg in unserem Land mitgehen und mit davon profitieren wollen oder ob wir andere über uns hinweg entscheiden lassen.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: So ist es!)

Wer den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verbieten möchte, muss deutlich sagen, dass wir dann in absehbarer Zeit zu diesem Thema in Deutschland auch keine Forschung mehr haben werden.

(Dr. Wolfgang Wodarg [SPD]: Das ist Tüdelkram!)

Er muss auch sagen, dass wir uns zukünftig in hohem Maße von anderen Ländern abhängig machen,

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Exakt so ist es!)

dass unsere Vorstellungen in Bewertungsfragen international weniger relevant sein werden

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]:
Recht hat er!)

- (B) und – in diesem Punkt sind wir uns, glaube ich, alle einig – dass die Monopolisierung gefördert wird. Genau das wollen wir alle doch gerade nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie beklagen zu Recht die Monopolisierung. Aber glauben Sie wirklich, dass Sie sie durch Anbauverbote verhindern? Sie fördern sie doch regelrecht. Das kann ich überhaupt nicht verstehen.

Wir sind derzeit auf dem besten Weg, hervorragend ausgebildete Forscher, hochentwickelte Saatgutunternehmen und

innovative Agrartechnologien auf Nimmerwiedersehen zu exportieren – Insulin, es ist schon genannt, lässt grüßen –, anstatt unsere mittelständischen Zuchtunternehmen zu schützen und zu unterstützen. Das kann nicht im Interesse unseres Landes liegen. Ideen sind immer die Lebensgrundlage unseres Landes gewesen. Dann kann so etwas keine Zukunft haben. Hätte es in der Vergangenheit nicht Forscher wie Mendel, von Liebig oder Thaer gegeben, würden wir heute wahrscheinlich nicht über Gentechnik reden, sondern über den Hunger in der Welt und darüber, wie wir ihn besser bekämpfen können.

Lassen Sie uns den Glaubenskrieg beenden! Kehren wir zu einer differenzierten Sachlichkeit und Betrachtung zurück! Alles andere ist fahrlässig und gefährlich für unser Land. Deshalb kann man Ihren Antrag nur ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Drucksache 16/11919. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wünscht Abstimmung in der Sache. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschen Überweisung, und zwar federführend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie mitberatend an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Die Abstimmung über den Antrag auf Ausschussüberweisung geht nach ständiger Übung des Hauses vor. Ich frage deshalb: Wer ist für die Überweisung? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Die Überweisung ist so beschlossen. Damit stimmen wir über den Antrag in der Sache heute nicht ab.

(C)

(D)